

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004082/2025/rev.1
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Pierre Pimpie (PfE), Fabrice Leggeri (PfE), Angéline Furet (PfE), Julie Rechagneux (PfE), Séverine Werbrouck (PfE), Marie-Luce Brasier-Clain (PfE), Valérie Deloge (PfE), Mélanie Disdier (PfE), Nikola Bartůšek (PfE), Tomáš Kubín (PfE), Mary Khan (ESN), Hans Neuhoﬀ (ESN), Diego Solier (ECR), Nora Junco García (ECR), Friedrich Pürner (NI), Geadis Geadı (ECR), Branko Grims (PPE), Diana Iovanovici Șoșoacă (NI), Stephen Nikola Bartulica (ECR), Petra Steger (PfE), Petr Bystron (ESN), Milan Mazurek (ESN), Auke Zijlstra (PfE)

Betrifft: Missbräuchliche Schließung von Bankkonten aus ideologischen Gründen

Das sogenannte „Debanking“, bei dem Bankkonten aus anderen als rein finanziellen Gründen geschlossen werden, führt in Europa zu zunehmender Besorgnis. Mit der Richtlinie 2014/92/EU wird jedoch jedem Bürger das Recht auf ein Konto mit grundlegenden Zahlungsfunktionen gewährt. In diesem Zusammenhang erscheint es notwendig, zu klären, was die berechtigten Voraussetzungen für die Schließung von Bankkonten sind, um jegliche ideologische Beweggründe auszuschließen und dafür zu sorgen, dass alle Bürger, Organisationen und Unternehmen gleichbehandelt werden.

Wie kann die Kommission sicherstellen, dass die Schließung von Bankkonten in Europa nicht ausschließlich durch finanzielle Gründe gerechtfertigt wird, um für die Gleichbehandlung aller Kontoinhaber zu sorgen, unabhängig von allen ideologischen Beweggründen oder jeglicher Diskriminierung aufgrund politischer oder weltanschaulicher Überzeugungen?

Unterstützer¹

Eingang: 16.10.2025

¹ Diese Anfrage wird von Mitgliedern unterstützt, die nicht mit den Verfassern bzw. Verfasserinnen identisch sind: Catherine Griset (PfE), Julien Leonardelli (PfE), Jean-Paul Garraud (PfE)